



## Antrag

der Abgeordneten **Josef Zellmeier, Joachim Unterländer, Oliver Jörg, Petra Guttenberger, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof, Bernd Kränzle, Robert Brannekämper, Michael Brückner, Alex Dorow, Judith Gerlach, Dr. Thomas Goppel, Hans Herold, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Michaela Kaniber, Andreas Lorenz, Martin Neumeyer, Helmut Radlmeier, Dr. Hans Reichhart, Reserl Sem, Sylvia Stierstorfer, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Manuel Westphal, Peter Winter, Mechtild Wittmann CSU**

### **Dank an den Kirchlichen Suchdienst und Erhalt seiner Leistungen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Kirchliche Suchdienst (KSD), getragen vom Caritasverband e.V., beendet seine Tätigkeit. Die Daten des KSD werden vom Bundesarchiv/Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth übernommen.

Der Landtag dankt dem KSD für die über viele Jahrzehnte geleistete wertvolle Arbeit.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Leistungen des Kirchlichen Suchdienstes sowie deren Qualität bei gleichem Kostenaufwand für die Nutzer erhalten bleiben, auch wenn sich der ursprüngliche Zweck mehr in Richtung Familienforschung verlagert hat.

### **Begründung:**

Der KSD hat in der Vergangenheit große Verdienste bei der Nachforschung der Schicksale von vermissten Personen sowie deren Nachkommen aus den Vertreibungsgebieten vorzuweisen. Er erteilt aus den Suchdienstunterlagen Auskünfte für behördliche Zwecke in Angelegenheiten von Vertriebenen, Flüchtlingen, Spätaussiedlern und deren Nachkommen in Entschädigungsfragen. Er aktualisiert und ergänzt Suchdienstunterlagen als Melderegister der ehemaligen deutschen Orte und Siedlungen in den Vertreibungsgebieten und erbringt damit wertvolle Hilfe zur Aufklärung von Familienschicksalen, die im Zusammenhang mit Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkriegs stehen.

Das Bundesministerium des Innern hat sich jedoch dazu entschlossen, sich aus der Finanzierung des KSD zurückzuziehen, den KSD zum 30. September 2015 einzustellen und dem Bundesarchiv in Bayreuth zu übergeben. Da auch weiterhin Anfragen zu erwarten sind, die die Schicksale von Einzelpersonen in den Vertreibungsgebieten betreffen, müssen Auskünfte auch zukünftig kompetent und erschöpfend beantwortet werden können. Dies gilt auch für die zunehmende Familienforschung, die im Hinblick auf das historische Wissen und den Erhalt des deutschen Kulturguts aus den Vertreibungsgebieten positiv zu beurteilen ist.